

«Von der Politik wird mehr erwartet»

Wahljahr CVP-Chef Gerhard Pfister kritisiert die zunehmende Polarisierung. Seine Partei sieht er als Vermittlerin zwischen den Lagern – auch wenn sie die Politik des Bundesrats künftig etwas weniger mittragen werde.

Daniel Foppa

Haben Sie dem Politologen Claude Longchamp eine Kiste Wein schon überreicht?

Das habe ich nicht. Aber ich teile seine Auffassung, wonach die Politlandschaft immer polarisierter wird und die CVP die einzige staatstragende Partei ist.

Damit hat er Ihnen den Wahlkampfslogan geliefert.

Ich stelle fest, dass die Bevölkerung zunehmend genug hat von der fortschreitenden Polarisierung. Von der Politik wird mehr erwartet, als dass sie auf Maximalösungen beharrt. Die gescheiterten Reformen dieser Legislatur zeigen, dass es eine starke Zentrumspartei braucht.

Im Widerspruch dazu steht, dass neu auch die CVP mit der Opposition liebäugelt. Sie kündigten an, Bundesratsvorlagen vermehrt abzulehnen und im Ständerat umzubauen.

Das ist die Herausforderung einer Mittepartei: Einerseits sind wir verpflichtet, zwischen den politischen Lagern zu vermitteln und Resultate zu liefern. Andererseits sind wir verpflichtet, ein klares Profil zu entwickeln. Wir dürfen uns programmatisch nicht so verbiegen, dass wir alles mitmachen. Das gilt auch für die Regierung: Die CVP hat einen Sitz und muss sich künftig etwas weniger zuständig fühlen für die Politik des Bundesrats.

Ihre Antwort zeigt ein CVP-Problem: Einerseits staatstragend, andererseits etwas mehr Opposition. Man weiss nicht so genau, was nun gilt.

Den Begriff Opposition verwenden wir nicht. Aber schauen Sie etwa die Steuervorlage 17 an: Die SVP lässt ihren Finanzminister hängen, und auch in der FDP und der SP gibt es Widerstand. Nur die CVP steht vorbehaltlos zur Bundesratsvorlage. Wenn aber selbst Bundesräte zunehmend als Parteisoldaten agieren und sich immer weniger auf eine Lösung einigen können, tragen wir eine solche Politik nicht mit.

Können Sie ein Beispiel liefern?

Im Bundesrat gibt es immer weniger Willen, sich auf eine Position zu einigen. Das war bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative und bei der Altersvorsorge so: Der Bundesrat brachte Vorschläge, an die er selbst nicht glaubte. Er forderte damit das Parlament implizit auf, es anders zu machen. Meist kommt es dann nicht gut. Auch beim Rahmenabkommen hat der Bundesrat keine klare Haltung. Von den Parteien einen mehrheitsfähigen Konsens zu erwarten, ist illusorisch, wenn nicht einmal der Bundesrat ihn leisten kann.

Wenn sich die CVP als einzige staatstragende Partei definiert, was ist dann mit der FDP geschehen, die diesen Titel auch für sich beansprucht?

Die FDP übernimmt ihre staatstragende Verantwortung immer weniger. Ein Beispiel: Sie hat zusammen mit der SVP das CO₂-Gesetz so verwässert, dass es im Nationalrat durchfiel. Auch bei der Altersvorsorge und der



«Die Konkordanz wird im Bundesrat gering geschätzt»: CVP-Präsident Gerhard Pfister. Foto: Urs Jaudas

Energiewende erlebe ich die FDP als immer härter und kompromissloser als früher.

Hängt diese Einschätzung nicht auch damit zusammen, dass die CVP stärker als früher, etwa bei der Altersvorsorge, mit der SP kooperiert?

Christian Levrat hofft jedenfalls, dass die CVP bei den Wahlen nicht zu stark verliert. Im Nationalrat setzen sich nach wie vor am häufigsten Koalitionen aus SVP, FDP und CVP durch, besonders bei Wirtschaftsthemen. Was jedoch zutrifft: Wenn die SVP auf einer ideologischen

In Zahlen

11,6 Prozent

Die CVP konnte ihren Sinkflug auch 2015 nicht bremsen. Sie erreichte bei den Nationalratswahlen einen Wähleranteil von 11,6 Prozent. Letztmals zugelegt hatte die Partei bei den Wahlen 2007: von 14,4 auf 14,5 Prozent.

–29 Sitze

Seit den Wahlen 2015 hat die CVP in Kantonsparlamenten 29 Sitze verloren. Sie hält 421 Mandate.

Position beharrt, müssen wir gelegentlich Mehrheiten und Lösungen mit der SP suchen. Doch auch deren Parteichef leistet der Polarisierung starken Vorschub: Beim Rahmenabkommen ist Herr Levrat an Härte und Rigidität nahe bei der SVP.

Wie steht es eigentlich um den ökologischen Kurs der CVP, jetzt, da Ihre Umweltministerin Doris Leuthard weg ist? Sie hat die Partei oft auf Kurs gehalten. Der Rücktritt von Frau Leuthard wird nicht dazu führen, dass wir von unseren ökologischen Prinzipien abweichen. Die CVP setzt sich ein für die Bewahrung der Schöpfung, und zwar auf wirtschaftsfreundlichem Weg. Simonetta Sommaruga ist als Leuthards Nachfolgerin gut beraten, in der Umweltpolitik nicht linkere und wirtschaftsfeindliche Akzente zu setzen. Ansonsten findet sie im Parlament keine Mehrheiten mehr.

Warum bleibt bei der CVP der Wahlerfolg aus, wenn sie gemäss Ihrer Schilderung die konstruktivste Kraft zwischen den Blöcken ist?

Ich bin zuversichtlich, dass wir im Herbst den Wähleranteil steigern. Die Strategie 2019 basiert

auf mehr Profil gegen aussen und Strukturreformen gegen innen. Bei der Profilierung sind wir auf Kurs, die Fraktion tritt geschlossener auf als früher. Innerhalb der Partei sind wir noch stark föderalistisch organisiert. Wir müssen viel umbauen und tun das. Denn Wahlkämpfe werden zunehmend national geführt.

Verzeihen Sie, aber Sie erinnern etwas an einen Wanderprediger, der die Situation besser darstellt, als sie ist. In den Kantonsparlamenten verlor die CVP seit 2015 total 29 Sitze.

Die Präsidenten im Interview

Am 20. Oktober 2019 wählen die Schweizerinnen und Schweizer ein neues eidgenössisches Parlament. Zum Auftakt des Wahljahres sagen die Parteichefs, was sie erreichen wollen. Die Interviews erscheinen im Verlauf des Januars.

Bereits erschienen sind die Gespräche mit Christian Levrat (SP; 9. Januar), Jürg Grossen (GLP; 10. Januar), Regula Rytz (Grüne; 11. Januar), Petra Güssi (FDP; 14. Januar) und Martin Landolt (BDP; 15. Januar). (red)

Ich habe 2016 bei meinem Amtsantritt als Parteipräsident gesagt, der Turnaround brauche Zeit. Unser Projekt heisst deshalb «CVP 2025», bis dann wollen wir auf nationaler Ebene substanziell zugelegt haben. Die Resultate in den Kantonen sind zudem besser, als es die nackten Zahlen widerspiegeln. In den letzten vier kantonalen Wahlen haben wir entweder Sitze in der Regierung oder im Parlament gewonnen, oder wir haben bei den Wähleranteilen zugelegt.

Wie gross ist Ihr Ärger, dass die übrigen Bundesräte Viola Amherd in das Verteidigungsdepartement (VBS) zwangen?

Es ist vor allem eine Chance für das VBS: Erstmals leitet eine Frau mit zivilem Blick das Departement. Frau Amherd wird das sehr gut machen und das Departement modernisieren. Zudem ist das VBS kein B-Departement: Sicherheit und Landesverteidigung sind essenziell. Sorge macht mir dagegen, wie die Departementsverteilung zustande kam: Der Bundesrat benötigte zwei Sitzungen und musste offenbar abstimmen. Das ist ein schlechter Start für das neue Gremium und zeigt, wie die Konkordanz im Bundesrat gering geschätzt wird.

Soll Viola Amherd am Plan des Bundesrats festhalten, und die neuen Kampffets zusammen mit der Flugabwehr beschaffen, oder soll sie das Geschäft aufteilen, wie das die CVP fordert?

Sie wird nichts überstürzen. Aber es kann gut sein, dass sie das Geschäft zum Schluss aufsplittet und der Bundesrat ihr folgt. Die Verknüpfung überlädt das Paket und führt zum grossen Risiko, dass die Jets erneut scheitern. In der Vernehmlassung hagelte es denn auch Kritik an der bundesrätlichen Vorlage.

Viel Kritik muss der Bundesrat auch wegen seiner Nicht-Stellungnahme zum Rahmenabkommen einstecken. Was ist die Haltung der CVP?

Auch wenn ich den Bundesrat wegen der unentschlossenen Haltung kritisiere, anerkenne ich, dass er die Verlängerung der Börsenäquivalenz erreicht hat. Das gibt uns Zeit, um das Verhandlungsergebnis vertieft zu prüfen. Die CVP wird das an der Fraktionsklausur von diesem Wochenende tun. Dass die Unionsbürgerlinie nicht explizit ausgenommen wurde, ist falsch. Auch müssen wir nach Möglichkeiten suchen, die die Souveränität der Schweiz gegenüber Entscheiden des Schiedsgerichts, des EuGH, oder des gemischten Ausschusses stärken können.

Hat das Abkommen überhaupt noch innenpolitische Chancen?

Die Sozialpartner stehen nicht dahinter. Ohne sie ist jedoch keine europapolitische Abstimmung zu gewinnen. In der vorliegenden Form halte ich das Abkommen deshalb weder für akzeptabel noch für mehrheitsfähig. Es braucht Ergänzungen und Verbesserungen. Aber auch dann bleibt für mich völlig offen, ob eine Einigung unter den Parteien, die den bilateralen Weg erhalten wollen, möglich sein wird.

Amstutz verzichtet auf eine erneute Kandidatur

Nationalrat Obwohl ihm die Kantonalpartei mit einer Statutenänderung eine längere Amtszeit ermöglicht hätte, verzichtet der Berner SVP-Nationalrat auf eine erneute Kandidatur für den Nationalrat. Von seiner Partei sei er nicht unter Druck gesetzt worden. Amstutz war nicht nur in der traditionsreichen Berner SVP eine prägende Figur, sondern auch in der SVP Schweiz. Eine seiner ganz grossen Stärken: die Authentizität. Dies zeigt sich nun auch bei seinem Abgang. Gegen innen hatte er stets mit Vehemenz unterstrichen, er halte die parteiinterne Amtszeitbeschränkung ein, und er werde gehen Ende Legislatur. Dass er sich nicht verbiegen lassen wollte, zeigte sich auch an Details: So trug der frühere Fallschirmgrenadier und Handwerker nie eine Krawatte. Authentisch blieb er auch bei seinen oft kompromisslosen politischen Voten. Übertriebene Diplomatie war nie die Stärke von Adrian Amstutz. Eine Fehlinterpretation der damals neuen SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga quitierte er in der «Arena» von SRF im Jahr 2010 mit der Aussage, sie erzähle «völligen Seich». Die Sache halte medial noch tagelang nach.

Die Berner SVP verliert mit dem Rückzug von Amstutz eine Wahlkampflokomotive, denn er schwang bei den Stimmzählen meist obenaus: So war Amstutz bei den Wahlen 2007, 2011 und 2015 jeweils bestgewählter Nationalrat im Kanton Bern. Bitter war für ihn seine Erfahrung mit dem Sturm aufs Stöckli: 2011 sass er nur einige Monate im Ständerat, wurde bei den Wahlen im Herbst 2011 abgewählt. Seine grössten Spuren hinterliess aber zweifellos als Bundeshausfraktionschef der SVP. (bg)

Nachrichten

Zwei Referenden eingereicht

Abstimmung Die beiden vorgesehenen Abstimmungen vom 19. Mai finden definitiv statt. Eine linksgrüne Allianz hat in Bern mehr als 55 000 Unterschriften gegen das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) eingereicht. Die Gegner des verschärften Waffengesetzes haben nach eigenen Angaben sogar 125 000 Unterschriften gesammelt. (sda)

Deutlicher Rückgang der illegalen Migration

Statistik Die illegale Migration ist in der Schweiz 2018 deutlich zurückgegangen. Das Grenzschutzkorps verzeichnete 16 563 Fälle von rechtswidrigen Aufenthalten. Im Vorjahr waren es noch 27 300 Fälle, 2016 sogar 48 838 Fälle gewesen. Am meisten Menschen wurden in den südlichen Regionen festgestellt. (sda)

SVP fordert Strafen bis zu 60 Jahren

Revision Die SVP fordert bei der Revision des Strafgesetzbuches härtere Strafen für Gewalt- und Sexualstraftäter. Sie möchte den Gerichten weniger Spielraum lassen. Die Höchstdauer der Freiheitsstrafe soll von heute 20 auf 60 Jahre erhöht werden. Mehr Spielraum fordert sie bei Verkehrsdelikten. (sda)